

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

## AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

### 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

nachdem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) das Kunststück fertigbringen möchte, zwei Kernkraftwerke über den 31.12.2022 hinaus zwar weiterlaufen aber keinen Strom produzieren zu lassen, während stromfressende Elektroautos und Wärmepumpen propagiert werden, konnte seine während einer Talkshow geäußerte, „feinsinnige“ Unterscheidung zwischen einer Insolvenz und einem „einfachen“ Abschließen des Betriebes kaum mehr überraschen. Schließlich würden manche Bäckerei und mancher Blumenladen dann nicht „automatisch“ insolvent, „aber sie hören vielleicht auf, zu verkaufen“.

Habeck an die dann auch weiterhin bestehende Pflicht zur Zahlung von Mieten und Löhnen und auch das Erfordernis der Deckung des Lebensunterhalts der Betriebsinhaber zu erinnern, dürfte vor dem Hintergrund seiner nun öffentlich zur Schau gestellten Ahnungslosigkeit von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Es sind Kategorien, in denen zu denken der promovierte Philosoph, spätere Kinderbuchautor und Berufspolitiker niemals lernen mußte. Ein entsetzter Beobachter kommentierte Habecks „denkwürdigen“ Auftritt als den eines „17jährigen Salonlinken, gefangen im Körper eines 50jährigen Ministers“ . . .

Doch steckt hinter Habecks Verhalten wirklich „nur“ Unfähigkeit? Zweifel bleiben angebracht. Denn spätestens mit seiner Entscheidung, die letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke de facto zum 1.1.2023 stillzulegen, während sich unser Land in der schwersten Energieversorgungskrise seit rund 70 Jahren befindet, darf auch (böse) Absicht vermutet werden. Laut einer vom „Handelsblatt“ zitierten Umfrage des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) befürchten mehr als 90 % der Industrieliker, daß die exorbitant gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe die Substanz der deutschen Industrie nicht mehr reparabel angreifen könnten. 50 % sehen darin eine „starke“, 34 % sogar eine „existentielle“ Herausforderung.

Nicht nur die kürzlichen Insolvenzanträge des Toilettenpapierherstellers Hakle und des Schuhverkäufers Görtz geben dazu ein beredtes Beispiel. Zur besseren Illustrierung gestatten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, bitte im Folgenden die Wiedergabe einer keineswegs vollständigen Liste von Unternehmen, die in letzter Zeit bereits die Segel streichen mußten oder die zumindest ihre Produktion in Deutschland aufgaben:

- ArcelorMittal reduziert die Stahlproduktion in Deutschland (Strompreis, Gasumlage und CO<sub>2</sub>-Kosten)
- Der Porzellanhersteller Eschenbach stoppt Produktion in Deutschland (Energiekosten)
- Dachziegelhersteller Nelskamp liefert nicht mehr (Energiekosten und -verfügbarkeit)
- Autozulieferer Kostal schließt drei deutsche Standorte wegen „Straßensperrungen“ und geht nach Ungarn
- Chip-Zulieferer Hellma Materials wandert nach Schweden ab (zu hohe und zunehmend unsichere Stromversorgung)
- Delkeskamp-Verpackungswerke schließen Papierfabrik in Nortrup (Energiekosten)
- Kupferproduzent Aurubis versucht noch, erhöhte Stromkosten an die Kunden weiterzugeben
- Beim Düngemittelhersteller SKW ruht die Produktion wegen des Gaspreises
- Der Rohstoffhändler und Bergbaubetrieb Glencore warnt wegen der Gas- und Stromkrise vor Versorgungsschwierigkeiten bei z.B. Zink, Aluminium und Kupfer
- Südzucker stellte Notfallpläne für einen evtl. Ausfall der Gasversorgung auf
- Otto-Fuchs-Gruppe (Aluminium) warnt vor einer „schleichenden Deindustrialisierung“
- Brauerei Bischoff ist bereits insolvent wegen des Corona-Lockdowns und der anschließenden Energiekrise
- Aluminiumschmelze Slowalko stoppt die Produktion (Kosten für Energie und CO<sub>2</sub>-Kompensation)
- Niederländische Zinkhütte Bludel stellt Produktion wegen zu hoher Energiepreise ein
- Holcim warnt vor Entsorgungsschwierigkeiten (Klärschlammverbrennung) bei Stromabschaltungen
- Schweizer Tiefkühlbäcker Aryzta fürchtet schon jetzt zeitweise Stromabschaltungen
- Metallveredler ROT Rickert Oberflächentechnik mußte Nickel-Anlage wegen zu hoher Material- und Energiekosten stilllegen

- DMV Deutsche Metallveredelung GmbH ist bereits insolvent
- Das Familienunternehmen Trimet stoppte die Aluminiumproduktion wegen des Strompreises
- Mittelständler Heinz-Glas sieht sich wegen explodierender Energiekosten vor dem möglichen Aus
- Villeroy & Boch schließt Werk in Merzig und geht in die Türkei
- Ford verlagert u.a. wegen Stromkosten, Klimapolitik und erlebter Corona-Maßnahmen die Produktion zunehmend vom Saarland nach Portugal
- Lech-Stahlwerke produzieren wegen hoher Strompreise nur noch tageweise
- Elektrostahlwerk Salzgitter arbeitet deshalb nur noch zeitweise
- Bei Thyssen-Krupp beklagt man innerhalb von nur sechs Monaten um einen dreistelligen Millionen-Betrag gestiegene Energiekosten
- Die Paul Hartmann AG schließt die Produktion von Wundversorgungsmaterial in Deutschland und geht dafür nach Polen
- BASF drosselt Düngerproduktion in Ludwigshafen und Antwerpen wegen explodierender Gaspreise (tb)

## 2 Ukraine greift vormals eigenes Atomkraftwerk an

Seit März besetzen russische Truppen das größte Atomkraftwerk in Europa in Saporischschja im Donbass. Nur wenige Wochen nach der Warnung durch US-Außenminister Antony Blinken vor einem bevorstehenden „nuklearen Unfall“ fing die ukrainische Armee mit US-Unterstützung an, das Atomkraftwerk mit Artillerie zu beschießen. Dabei sei angemerkt, daß die Übergabeverträge zwischen der Ukraine und den USA für das Militärgerät vorsehen, daß jedes mit den HIMARS-Raketen beschossene Ziel zuvor durch die USA genehmigt werden muss.

Daß der Beschuss des größten europäischen Atomkraftwerks eine nukleare Katastrophe in einem größeren Ausmaß als seinerzeit in Tschernobyl auslösen könnte, scheint die sogenannten „Qualitätsmedien“ interessanterweise kaum mehr zu stören. Mit dem anhaltenden ukrainischen Beschuss sahen sich die 500 russischen Soldaten, die das Atomkraftwerk „bewachen“, allerdings zunehmend überfordert. Sie riefen die internationale Atomenergiebehörde dazu auf, im Rahmen einer Experteninspektion den gefährlichen Beschuss zu thematisieren und unterbinden zu lassen, um auf diese Weise die Gefahr einer nuklearen Katastrophe wieder zu mindern.

Währenddessen machte Kiews Regime kaum noch einen Hehl aus seiner grundsätzlichen Abneigung gegenüber der überwiegend russischstämmigen Bevölkerung im Donbass, die in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks wohnt. Daß man dabei aber auch eine nukleare Katastrophe in Kauf nehmen würde, wird von manchen Militärexperten gleichwohl bezweifelt. Ihnen drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß fieberhaft nach einer „Begründung“ für die NATO gesucht wird, formal auch mit regulären Truppen in das Kriegsgeschehen eingreifen zu können. Hierfür würde sich tatsächlich eine Nuklearkatastrophe eignen, weil dabei auch in z.B. Rumänien oder Polen stationierte NATO-Verbände beeinträchtigt würden.

Bislang gelang es dem russischen Militär glücklicherweise noch, auf das Atomkraftwerk gelenkte Kamikaze-Drohnen US-amerikanischer Bauart mittels Luftabwehr von ihrem Ziel abzuhalten. Bei den neuerdings an die Ukraine gelieferten Artillerie-Geschützen dürfte dies schon schwieriger werden. Das eine oder andere Geschoss hat bereits die Außenhülle einiger Gebäude (wie z.B. die des nuklearen Abfalllagers) beschädigt.

Beschämend ist, daß die Expertengruppe der internationalen Atomenergiebehörde in ihrem Bericht zwar die Beschädigungen, nicht aber die Ursache dafür dargestellt hat. Dies ist zugegebenermaßen auch nicht deren Aufgabe. Doch das Zurückschrecken vor dem Verfassen von Berichten, die u.a. auf eine aktive Kriegsbeteiligung der USA schließen ließen, ist unverkennbar. Nun bleibt abzuwarten, ob auch die EU-Verantwortlichen das Risiko einer nuklearen Katastrophe für ganz Europa eingehen werden oder ob angesichts der drohenden Konsequenzen für Europas Bürger noch ein Umdenken erfolgt. (eh)

## 3 Ukrainischer Mais für Irland statt für Afrika

Die „Qualitätsmedien“ des Westens überschlugen sich geradezu in Vorwürfen gegenüber Russland, für eine Hunger-Katastrophe in Afrika verantwortlich zu sein, wenn ukrainische Feldfrüchte nicht über die dortigen Häfen exportiert werden könnten. Ukrainischer Weizen und Mais seien überlebensnotwendig für das hungernde Afrika, hieß es seitens der Medien. Ohne diese Lieferungen würden eine Hungerkatastrophe in Afrika und daraus folgend eine Völkerwanderung in die deutschen Sozialsysteme ausgelöst.

Dabei blieb unerwähnt, daß ein Großteil der Agrarflächen in der Ukraine mittlerweile US-Investoren gehört, die mit besonderer Genehmigung durch das Kiewer Regime große Agrarflächen aufkaufen durften. Ob dies auch einer der Gründe dafür ist, daß Wolodymyr Selenskyjs Vermögen mittlerweile die Milliardengrenze (in Euro gerechnet) überschritten haben soll, bleibt natürlich fraglich. Interessant ist aber, daß von den ersten 87 abgefertigten Schiffen nur zwei die Häfen von Dritte-Welt-Ländern ansteuerten. Das ist jedenfalls leicht und eindeutig dem international einsehbaren Logbuchverzeichnis zu entnehmen.

Die „Qualitätsmedien“ haben wohl nur vergessen, hierüber zu berichten – ebenso wie über die Tatsache, daß die Blockade der Häfen nicht etwa durch russisches Militär, sondern durch eine Verminung der Gewässer durch die ukrainische Marine erfolgte. Und Kiews Regime weigert sich bis heute, die genauen Minenstandorte für eine vergleichsweise problemlose Räumung bekanntzugeben oder gar die Räumung selbst vorzunehmen. Seitens der NATO wurde dieses nicht kritisiert. Man störte sich lieber daran, daß die für die Nahrungsmitteltransporte vorgesehenen Schiffe zuvor von russischen Kräften durchsucht werden sollten, um einen eventuellen Kriegswaffenschmuggel zu unterbinden.

Zurückblickend muss man feststellen, daß die mittlerweile exportierten Feldfrüchte der Ukraine zu über 95 % nicht an unter Nahrungsmittelknappheit leidende afrikanische Staaten geliefert wurden. Das vorgegebene Ziel einer Hungerkatastrophenbekämpfung in Afrika – sofern es überhaupt jemals ernsthaft in Erwägung gezogen wurde –, wurde bisher jedenfalls nicht einmal ansatzweise erreicht. (eh)

#### 4 Polen greift nach der (Rest-)Ukraine

Warschau und Kiew Machthaber unterzeichneten einen Vertrag, nach dem die Ukraine sich dazu verpflichtet, gesetzliche Grundlagen für die Gleichbehandlung aller Polen mit den Ukrainern im Hinblick auf Staatsämter und Eigentumserwerb sowie Wahlrecht und andere Bürgerrechte der Ukrainer umzusetzen. Die Vereinbarung kommt einer Quasi-Annexion der (Rest-)Ukraine durch Polen gleich.

Zudem ist dieses Abkommen recht einseitig, weil es nur polnischen Staatsbürgern die Gleichstellung in der Ukraine zusichert, nicht aber umgekehrt. Ebenso interessant ist, daß die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine damit weniger Rechte als die polnischen Nachbarn hat. Wird damit etwa der Traum polnischer Regierungen wahr, frühere Gebiete zurückzuerhalten? Der Blick auf historische Landkarten zeigt nämlich, daß große Teile des heutigen Polens ehemals Deutschland und Teile der Ukraine Polen gewesen sind. In den „Qualitätsmedien“ wurde dieses geradezu historische Abkommen wahrscheinlich nur aufgrund seiner angeblich „regionalen Bedeutung“ als für die deutschen Leser „unwesentlich“ eingestuft und nicht publiziert . . . (eh)

#### 5 Vom TV-Gaukler zum Milliardär

Während der Krieg in der Ukraine einen immer größeren Teil der Bevölkerung in die persönliche und ökonomische Katastrophe führte, erfuhr der TV-Unterhalter Wolodymyr Selenskyj einen ökonomisch kometenhaften Aufstieg. Seit dessen Machtübernahme in Kiew soll sein Vermögen von einigen wenigen Millionen Dollar auf mittlerweile über 1,2 Milliarden US-Dollar angewachsen sein. Die Herkunft dieser gigantischen Einnahmen konnte bislang schwer nachvollzogen werden. Ein Teil der Einkünfte kam sicherlich von dem Internetriesen Netflix, in dessen Board die ehemals hochrangige US-Außenpolitikerin Susan Rice (Mitglied der Demokratischen Partei) sitzt. Vor den Kriegswirren sicher, soll Selenskyj seine Eltern jedenfalls bereits in einer fast 1000 m<sup>2</sup> Wohnfläche umfassenden Villa in Israel in Sicherheit gebracht haben und seit kurzem soll er auch Eigentümer einer Multimillionen-teuren Villa in der Toskana sein, wo paradoxerweise auch zahlungskräftige russische Urlauber empfangen wurden.

So zuverlässig wie die Geldflüsse an den Kiewer Machthaber gelangen die NATO-Waffenlieferungen allerdings nicht an ihr Ziel. So verschwanden angeblich ganze Güterzüge mit Kriegsmaterial. Insgesamt soll bisher nicht einmal die Hälfte der gelieferten Kriegsgeräte ihre Bestimmungsorte an der Front erreicht haben. Dagegen beschwerten sich die Türkei und andere Länder darüber, daß als terroristisch eingestufte Gruppen neuerdings über Kriegsgerät genau jener Typen verfügen, die angeblich in der Ukraine abhandengekommen sein sollen. Unbestätigten Quellen zufolge sollen auch diverse Militärs einen schwunghaften Schwarzhandel mit den „Hilfsleistungen“ aus NATO-Beständen betreiben. So konnten offensichtlich auch einige Gerätschaften auf einer Militärveranstaltung in Moskau ausgestellt werden. Die Veranstalter bestätigten, das Kriegsgerät auf dem Schwarzmarkt in der Ukraine erworben zu haben. Angesichts dieser Umstände sollten sich Europas Verantwortliche noch einmal fragen, mit wem sie sich gemein gemacht haben. Doch dies geschah bisher nicht. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat im Gegenteil der Ukraine Deutschlands bedingungslose Hilfe notfalls auch gegen den Willen ihrer Wähler auf unbestimmte Zeit zugesichert. (eh)

#### 6 Innenministerin löst Expertenkreis zum „Politischen Islam“ auf

Die vielen Probleme, die der „Politische Islam“ auch für Deutschland mit sich bringt, scheinen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nicht zu interessieren. Die tiefrote Ministerin ließ jedenfalls ab sofort die Arbeit des Expertenkreises zum „Politischen Islam“ einstellen. Das passt nach verbreiteter Kritikerfassung sehr gut zu Faesers offenbar realitätsblinder Gesinnung, bei der sie im Rechtsextremismus die „größte Bedrohung“ für unser Land sieht und zu den immensen Gefahren durch den „Politischen Islam“ und den Linksextremismus beredt schweigt.

Der Expertenkreis war im Juni 2021 noch unter dem damaligen Innenminister Horst Seehofer (CSU) gegründet worden – laut Faeser besteht daran jetzt „kein Interesse“ mehr. Trotz anhaltender Allahu-Akbar-Gewaltexzesse, Terroranschlägen, Frauenbelästigungen, Vergewaltigungen und öffentlich skandiertem Judenhas. Experten aus Politik und Wissenschaft, die wissen, was damit verbunden sein kann, zeigen sich durch die Bank entsetzt: Die Auflösung des Expertenkreises ist für den CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries „der vorläufige Höhepunkt einer Politik des Wegsehens und der Ignoranz gegenüber dem Islamismus als demokratiegefährdendem Phänomen“. Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann hofft, „daß uns diese Naivität nicht eines Tages böse auf die Füße fällt“ und die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums „Globaler Islam“, Susanne Schröter, muß für manche Milieus schon jetzt eine „totale Ablehnung der deutschen Gesellschaft“ feststellen. All dieses, so Schröter weiter, müsse „behandelt und eingefangen werden“.

Der Staatsrechtler Kyrrill-Alexander Schwarz (Universität Würzburg) vermutet, daß die von Faeser verfügte Einstellung nicht aus Geldmangel, sondern vor allem aus politischen Motiven heraus erfolgte. Und die Finanz- und Islamismus-Expertin Rebecca Schönenbach kritisiert, daß Frau Faeser die zahlreichen Diskriminierungen von Musliminnen durch männliche Islamisten (bewußt?) übersah. Noch, gibt Schönenbach zu bedenken, tragen rund 70 % der in Deutschland lebenden Musliminnen kein Kopftuch. Sollten sich die in Deutschland lebenden Islamisten mangels Überwachung gestärkt sehen, dürften viele dieser Frauen einem zunehmenden „Kopftuch- und Verschleierungsdruck“ ausgesetzt sein. Daß Faeser eine Art „Überzeugungstäter“ ist, zeigt auch das angekündigte „Demokratiefördergesetz“, in dem der Islamismus nicht als mögliche Bedrohung vorkommt, sondern lediglich eine dagegen gerichtete „Islam- und Muslimfeindlichkeit“. (tb)

#### 7 Gefälschte „Kreditkarten-Mails“

Als angeblich von der Bundesregierung versandt sind derzeit geschickt gefälschte E-Mails unterwegs, in denen die Empfänger aufgefordert werden, auf einen Antwortlink „Identität bestätigen“ zu drücken und dann wichtige Kreditkartendaten preiszugeben. Empfänger dieser Mails, in deren Betreffzeile zuletzt meistens „Verifizierung Ihrer Kredit- oder Debitkarte ist erforderlich, um eine Sperrung zu vermeiden“ stand, sollten diese sofort löschen. Wer bereits auf den bösen Trick hereingefallen sein sollte und Kreditkarten-Daten weitergegeben hat, sollte die betreffende Karte aus Sicherheitsgründen umgehend sperren lassen. (tb)

## 8 Türkei „verkauft“ Pässe an Russen

Während man in der Europäischen Union erwägt, zukünftig praktisch keine Russen mehr einreisen und das Visa-Abkommen mit Moskau aussetzen zu lassen, bieten die türkischen Behörden etwas vermögendere Russen sogar einen Pass an. Voraussetzung dafür ist lediglich ein Immobilienkauf in der Türkei mit einem Transaktionsvolumen von umgerechnet mindestens 400 000 US-Dollar. Wer dann diese Immobilie für mindestens drei Jahre gehalten hat, bekommt den türkischen Pass „gratis“ dazu. Für die betreffenden Russen ist dies mit einem faktischen Ende der auch gegen Sie persönlich verhängten Sanktionen verbunden. Wer keine Immobilie erwerben möchte, kann alternativ umgerechnet 500 000 Dollar bei einer türkischen Bank deponieren und erhält nach drei Jahren dann ebenfalls den begehrten türkischen Pass.

Dieser Pass ermöglicht dem Besitzer einen visumfreien Zugang zu mehr als 100 Ländern weltweit und er ermöglicht auch eine vergleichsweise unkomplizierte Einreise in die 26 Schengen-Staaten, zu denen auch Deutschland und die Schweiz zählen. Es erstaunt deshalb nicht, daß diese „goldenen“ Pässe derzeit sehr begehrt sind. Während die Türkei sie weiter fleißig ausstellt, hat z.B. die Republik Zypern einen Teil der seinerzeit von Russen erworbenen Pässe wieder eingezogen, Malta hat diese Art der Passvergabe eingestellt und auch im EU-Land Bulgarien ist man dabei, ein ähnliches Passprogramm zu beenden. (tb)

## 9 China verkauft russisches Gas mit kräftigem Aufpreis nach Europa

Über die Flüssiggas(LNG)-Exportanlage „Sachalin-2“ im Fernen Osten Russlands wurden im Rahmen einer Ausschreibung mehrere Schiffsladungen zu – gemessen am aktuellen Niveau – extrem niedrigen Preisen nach China auf den Weg gebracht. Für die russischen Lieferanten ergab sich wegen des insgesamt deutlich gestiegenen Preisniveaus dennoch ein auskömmlicher Gewinn und auch die chinesischen Kunden dürften zufrieden sein. Für China ergab sich damit nämlich die Möglichkeit, zu höheren Preisen von anderen Lieferanten abzunehmende LNG-Mengen mit einem nochmals deutlichen Aufschlag insbesondere nach Europa weiterzuleiten. Japan und Südkorea, die bisher große LNG-Lieferungen über „Sachalin-2“ erhielten, werden hingegen von dort kaum mehr beliefert. „Das russische Angebot findet nach wie vor seinen Weg in den Markt, nur mit einer Umstrukturierung der Handelsströme durch Marktteilnehmer, die keine Einwände gegen die Annahme russischer Ladungen haben“, zitierte Bloomberg kürzlich einen Analysten der schweizerischen Bank Credit Suisse. (tb)

## 10 Banken im „Strom-Stresstest“

Im Euroraum und Großbritannien verlangen die Bankenaufsichtsbehörden jetzt expliziter als bisher abgefasste Notfallpläne zur Bewältigung auch längerer Stromausfälle. Dahinter steht die Befürchtung etlicher Experten, daß die meisten Institute zwar auf einen vielleicht mehrstündigen Stromausfall recht gut vorbereitet sein dürften, nicht aber auf tagelange Stromausfälle.

Inzwischen testen die meisten Banken und Sparkassen, wie sie mit einer derartigen Situation klarkommen könnten. Für den Notfall werden z.B. an zentralen Stellen Stromgeneratoren aufgestellt, damit zumindest einige Geldautomaten und das Internet-Banking einsatzbereit bleiben. Die US-Bank JPMorgan mit mehreren Tausend Beschäftigten in London und Frankfurt hat an diesen Standorten in aller Stille bereits entsprechende Stromausfälle simuliert und auch Italiens zweitgrößte Bank UniCredit testete schon ihre „operative Belastbarkeit“ im Falle eines Stromausfalls. Bei der Deutschen Bank und anderen Instituten sowie in den großen Versicherungsgesellschaften wird europaweit darüber hinaus nach Möglichkeiten zur dauerhaften Stromersparung gesucht. (tb)

## 11 „Bank in der Schweiz“ bleibt hochinteressant

In unsicheren Zeiten wie diesen ist für die Geldanlage mehr denn je eine sinnvolle Diversifizierung angeraten. Dazu zählt – sofern ein gewisser Vermögensstand gegeben ist – auch eine zusätzliche Bankverbindung in ein Land, das nicht dem Euro-System und der damit einhergehenden Bankenaufsicht unterliegt. Für deutsche Geldanleger hat sich dafür die Schweiz als besonders geeignet erwiesen. Geographisch direkt an Deutschland angrenzend hat sich die Währung der Eidgenossenschaft, der Schweizer Franken, in den letzten Monaten im Vergleich zu Euro und US-Dollar hervorragend geschlagen.

Wenngleich sich die Chance auf weitere Kursgewinne damit natürlich verringert hat, bleibt der Schweizer Kapitalmarkt als sinnvolle Ergänzung allein schon aus Diversifizierungserwägungen heraus für diejenigen Anleger nach wie vor hochinteressant, die mit einem „Startbetrag“ von mindestens 30- bis 50 000 Euro aufwarten können. Darunter empfehlen wir nach wie vor, einige Tausend Schweizer Franken in bar „zu horten“.

Unser Haus pflegt seit Jahrzehnten eine von gegenseitiger Wertschätzung getragene Geschäftsbeziehung zu einer grenznah gelegenen schweizerischen Bank, die zusätzlich zu einer vollen Staatshaftung auch auf eine grundsätzliche Bilanz verweisen kann. Interessierten Leserinnen und Lesern teilen wir auf Anfrage rein nachrichtlich gerne den Namen der Bank und des zuständigen Mitarbeiters mit. Wenn Sie dazu einen an Sie adressierten und mit 1,- € frankierten Rückumschlag an die Redaktion in D-78266 Büsingen senden, können wir Ihnen zusätzlich einen kleinen Plan der betreffenden Stadt beilegen. Natürlich werden auch Anfragen per Fax (0 77 34 / 71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) gerne und umgehend beantwortet, dann aber ohne „Stadtplan“. (tb)

## 12 Für Sie aufgelesen:

„Mancher Nachbar ist ein Zeitgenosse, der von Ihren Angelegenheiten mehr weiß als Sie!“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettetthofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.